

Gewerkschaften mit der Bonner Aufrüstungspolitik auf wirtschaftlichem Gebiet gleichzuschalten. Die Adenauer-Regierung kann einen solchen verhängnisvollen und teuflischen Plan natürlich nur dann durchführen, wenn es ihr gelingt, bestimmte DGB-Führer hierfür zu gewinnen. Es ist eine Schande, aber es ist so, daß sich einige Führer im Bundesvorstand des DGB gefunden haben, die diesen teuflischen Plan unterstützen und ihre Tatkraft dafür einsetzen, die gefaßten Beschlüsse gegen den Atomtod beiseite zu schieben und an Stelle des Kampfes gegen die Bonner Atomkriegsregierung eine Arbeitsgemeinschaft mit der Atomkriegsregierung im Rahmen eines in Gründung begriffenen Wirtschaftsrates einzugehen.

Seit dem Herbst 1957 haben Adenauer und Erhard immer wieder auf den Bundesvorstand des DGB gedrückt und von ihm verlangt, der Bildung eines Bundeswirtschaftsrates zuzustimmen. Dieser Vorschlag stieß längere Zeit bei verschiedenen Industriegewerkschaften auf energische Ablehnung. Sie befürchteten mit Recht, daß sich Adenauer durch die Bildung eines Bundeswirtschaftsrates die Gewerkschaften nur gefügig machen und Angriffe der Gewerkschaften gegen die atomare Aufrüstungspolitik der Bundesregierung unterbinden wolle. Es kennzeichnet nur die verderbliche Rolle solcher Beauftragten der Monopole in der Arbeiterbewegung, wie Professor Weisser und Dr. Deist aus der SPD, die nach längerer Einwirkung auf die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes erreicht haben, daß sich nunmehr eine gewisse „Bereitschaft“ auch bei einzelnen Industriegewerkschaften zur Bildung eines Bundeswirtschaftsrates in Westdeutschland entwickelte. Nunmehr hat sich der Bundesvorstand des DGB auf den verhängnisvollen Weg begeben, wo ihn Adenauer und die westdeutschen Monopole hinhaben wollen. Nicht die Adenauer-Regierung, sondern der Bundesvorstand des DGB hat nämlich jetzt einen Gesetzentwurf für die Bildung eines Bundeswirtschaftsrates ausgearbeitet, der von den Vertretern der Bundesregierung gutgeheißen und Adenauer zur Stellungnahme zugeleitet wurde.

Worum geht es bei dem gesamten Projekt der Bildung eines Bundeswirtschaftsrates? Adenauer und die westdeutschen Unternnehmerverbände wollen mit der Einbeziehung des DGB in einen Wirtschaftsrat den westdeutschen Gewerkschaften in ihrer Wirtschafts-, Lohn-, Arbeitszeit- und Tarifpolitik Fesseln anlegen, um mit Hilfe